

Politische Rahmenbedingungen schaffen

# Eine gemeinwohlorientierte Plattformökonomie aufbauen – aber wie?

Die Shareholder-Value-orientierte Ausrichtung der Plattformökonomie kommt nur wenigen zugute. Plattform-Genossenschaften eröffnen die Chance, eine gemeinwohlorientierte Alternative aufzubauen. Voraussetzung hierfür aber ist eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Von Ela Kagel, Markus Sauerhammer,  
Thomas Dönnebrink und Jonas Pentzien

**D**ie Digitalisierung führt zu einer Vielzahl von Umwälzungen in Gesellschaft und Wirtschaft. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Entwicklung der Plattformökonomie. Digitale Plattformen wie Airbnb, Facebook oder Amazon Mechanical Turk ermöglichen verschiedene Arten der Interaktionen und Transaktionen. Einige spezialisieren sich auf die Vermittlung von Dienstleistungen, andere wiederum bieten die Leistung ganzer Abteilungen von Unternehmen als On-Demand Dienstleistungen an. Was jedoch alle Plattformen verbindet (und sie von traditionellen Unternehmen unterscheidet), ist, dass sie sich als vermittelnde Schnittstelle zwischen Anbieter/innen und Konsument/innen schalten.

Diese besondere Stellung erlaubt es ihnen nicht nur, sich Zugang zu Informationen über alle an der Transaktion beteiligten Individuen und Gruppen zu verschaffen, sondern auch, die grundlegenden Rahmenbedingungen von Interaktion im Internet zu bestimmen. Plattformen werden somit verstärkt zu den zentralen „Infrastrukturen des digitalen Zusammenlebens“ (Seemann 2017).

## Das Geschäftsmodell digitaler Infrastrukturen

Das Geschäftsmodell dieser digitalen Infrastrukturen lässt sich anhand zweier Aspekte charakterisieren: Auf der einen Seite zielen sie darauf ab, vormals nicht digital vermittelte Transaktionen in die von ihnen geschaffene Struktur zu integrieren und dadurch finanziell an ihnen beteiligt zu werden. So wird die Buchung eines Zimmers heutzutage größtenteils nicht mehr direkt beim Hotel getätigt, sondern vermehrt indirekt über Vermittlungsplattformen wie booking.com. In diesem Prozess werden Plattformen selber zu Marktplätzen, da

Anbietende von Leistungen auf der von der Plattform bereitgestellten Infrastruktur um potenzielle Kund/innen konkurrieren (Kenney & Zysman 2016). Auf der anderen Seite versuchen Plattformen aber auch, ihren Profit zu steigern, indem sie die auf diesen plattforminternen Märkten gewonnenen Informationen über Anbietende und Nachfragende verarbeiten und weiterverkaufen (Srnicek 2018). Den Daten der Nutzer/innen kommt im Kontext der Digitalisierung ein besonderer Stellenwert zu, da sie von Firmen zur Optimierung ihrer Produktionsprozesse herangezogen werden können.

Der Wert, den die Dienste einer Plattform für jede/n einzelne/n Nutzer/in bieten, steigt dabei, umso größer die Gesamtanzahl der Nutzer/innen ist. Ein soziales Netzwerk wie Facebook beispielsweise wird umso attraktiver, je mehr Bekannte darauf anzutreffen sind. Dieses Phänomen, das in der Forschung unter dem Begriff der Netzwerkeffekte verhandelt wird, verstärkt einerseits die Tendenz zur Entwicklung von Monopolen und führt andererseits zu einer hohen Konzentration von Macht bei den Besitzer/innen der Plattformmodelle. In Deutschland sind dies vor allem durch Wagniskapital unterstützte Start-ups. Aufgrund dieses Phänomens der Netzwerkeffekte ist es für Plattformen überlebenswichtig, auf einem neu erschlossenen Markt innerhalb kurzer Zeit hohe Marktanteile zu erzielen. Somit verfolgen die beteiligten Akteure, Wagniskapitalgeber/innen wie auch Start-up-Gründer/innen, zunächst das Ziel des schnellen Wachstums. Dabei müssen die Unternehmen unter Umständen in Kauf nehmen, kurzfristig keine oder sehr geringe Gewinne zu erzielen. Die Aussicht, im Optimalfall via Monopolstellung und Monopolrendite jedoch langfristig profitabel zu werden, beschert ihnen dennoch eine hohe Marktbewertung. Diese soll es ermöglichen, im Falle eines schnellen „Exits“ (der Veräußerung eines Unternehmens an den Kapitalmarkt oder ein größeres Unternehmen) eine hohe Kapitalrendite zu sichern.

## Jenseits des Shareholder-Values

Problematisch an diesen extraktiven Praktiken ist, dass sie nicht selten auf Kosten vieler gehen und oftmals nur wenigen zugutekommen. In Deutschland ist die Politik derzeit noch ungeschlüssig, wie sie auf diese mit dem Aufkommen der Plattformökonomie in neuen Dimensionen auftretenden Probleme reagieren soll. Die aktuelle Gesetzeslage verstärkt die Probleme häufig sogar noch. Da staatlich geförderte Instrumente der Wachstumsfinanzierung wie „INVEST – Zuschuss für Wagniskapital“ oder der High-Tech-Gründerfond derzeit

ausschließlich Akteuren mit klassischer Wagniskapital-Finanzierung zur Verfügung stehen, werden über die aktuelle Innovations- und Förderpolitik in erster Linie Modelle, die sich auf eine ebensolche Maximierung des Shareholder-Value fokussieren, unterstützt. Vergleichbare Instrumente für gemeinwohl-orientierte Ansätze gibt es nicht.

Nichtsdestotrotz sind in den letzten Jahren verstärkt Plattformmodelle entstanden, die im Sinne des *commoning* (Bauwens & Kostakis 2015) Formen der gemeinschaftlichen Produktion und Nutzung propagieren. Vor allem das Aufkommen genossenschaftlich organisierter Plattformen hat dabei das Versprechen einer demokratischeren und nachhaltigeren Plattformökonomie geweckt (Scholz 2014). Die deutsche Pionierplattform Fairmondo beispielsweise hat es sich zum Ziel gesetzt, eine faire Alternative zu den großen Plattformen im Onlinehandel wie Amazon oder Zalando zu schaffen. Im Gegensatz zu den Marktführern wird Fairmondo deshalb nicht von Großinvestor/innen unterstützt, sondern ist vollständig im Besitz von über 2.000 Privatpersonen. Diese werden im Sinne des genossenschaftlichen Prinzips an der Governance-Struktur der Plattform beteiligt. Plattform-Genossenschaften wie Fairmondo sind somit nicht nur Transaktionsplattformen, sondern ebenso ein Vehikel für eine solidarische Wirtschaft und einen unternehmenskulturellen Wandel.

In der Politik werden derzeit nur begrenzt Ressourcen dafür verwendet, diese Transformationsprozesse mitzugestalten. Ohne eine Unterstützung durch die Politik ist das diesen Entwicklungen zugrunde liegende Vorhaben, eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Alternative zu den großen Playern der Plattformökonomie aufzubauen, aber kaum zu verwirklichen. Zu groß der finanzielle und technologische Vorsprung der Marktführer, der es ihnen erlaubt, schnell und umfassend auf Änderungen und Innovationen zu reagieren.

## Grenzen der Plattformpolitik?

Um einen politischen Wandel voranzutreiben, hat sich in den letzten Monaten eine Allianz aus Akteuren des Genossenschafts-, Gründer- und Innovationssektors zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, auf eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsmodells im Einklang mit den durch die „Plattformisierung“ (Helmond 2015) hervorgerufenen Herausforderungen hinzuwirken. Im Fokus der Allianz steht dabei die Frage danach, welche politischen Rahmenbedingungen es überhaupt braucht, um eine nachhaltige Ausgestaltung der Plattformökonomie sicherzustellen und was der Staat tun kann und *sollte*, um diese unterstützenden Rahmenbedingungen zu fördern.

In der wissenschaftlichen Debatte um die Ausgestaltung der Plattformökonomie wird die Rolle des Staates ambivalent betrachtet. Vor allem die Frage des „Was kann?“ wird kontrovers diskutiert. Verstärkt wurde in den letzten Jahren auf vermeintliche Grenzen staatlichen Handelns verwiesen und argumentiert, dass der globale und häufig nicht nationalstaatlich gebundene Charakter von Plattformen Regulierung auf natio-

*„Ohne eine Unterstützung durch die Politik ist es kaum zu verwirklichen, eine Alternative zu den großen Playern der Plattformökonomie aufzubauen.“*

nal Ebene erschwere (Pasquale 2018). Andere wiederum fokussierten auf die den Plattformen zugrunde liegende Technologie und charakterisierten diese als Hindernis für staatliche Eingriffe. So würden „facts in the software“, wie Algorithmen, die außerhalb der Reichweite politischer Institutionen liegen, eine adäquate Regulierung dieser neuen Marktakteure unmöglich machen (Kenney & Zysman 2016).

In diesen eher pessimistischen Perspektiven wird jedoch vielfach ausgeblendet, dass Staaten nicht nur retrospektiv auf ökonomische Veränderungen reagieren, sondern eine äußerst aktive Rolle in der Ausgestaltung und Entwicklung ihrer Volkswirtschaften einnehmen (Zysman 1994). Indem geld- und fiskalpolitische Maßnahmen angewendet und regulativ wirtschaftliche Aktivität strukturiert werden, geben sie nicht nur den politischen Rahmen für Marktaktivität vor, sondern ermöglichen die Entstehung von Märkten überhaupt erst (Reis 2012). Der Staat reagiert also nicht nur nachträglich auf die Plattformökonomie als eine ihm äußere Entwicklung, sondern hat ihr ihre gegenwärtige Ausgestaltung überhaupt erst ermöglicht. Um eine andere Form der Plattformökonomie in die Wege leiten zu können, braucht es demnach auch einen grundlegenden Wandel im staatlichen Handeln.

## Förderliche Rahmenbedingungen schaffen

Wie genau aber kann dieser Wandel vonstattengehen? Um die Rolle staatlicher Institutionen im Kontext sozialer Wertschöpfungsprozesse konzeptualisieren zu können, hilft das von Bauwens & Kostakis geprägte Konzept des *Partnerstaats* (2015). Dieses charakterisiert den Staat als Akteur, dessen primäre Aufgabe darin liegt, autonom organisierte Formen der sozialen Produktion zu stärken und einen neuen commonsorientierten Kompromiss zwischen zivilgesellschaftlichen und Wirtschaftsakteuren zu organisieren (ibid.). Diesem Ansatz folgend, können Plattform-Genossenschaften ihr Potenzial nur unter der Voraussetzung voll entfalten, dass sie selbst zu aktivem Gestaltungsinstrumenten der Digitalisierung werden. Da Genossenschaften aufgrund der gegenwärtigen Fokussierung auf den Shareholder-Value aber nur begrenzt auf Anschubfinanzierung zurückgreifen können, braucht es wiederum einen Staat, der

*„Damit Genossenschaften im Zeitalter digitaler Plattformen eine zentrale Rolle spielen, braucht es eine Zusammenarbeit bestehender Plattform-Genossenschaften.“*

diese Formen der sozialen Produktion unterstützt. Die Idee des Partnerstaats stellt somit kein Ideal dar, das von heute auf morgen umgesetzt werden kann, sondern fungiert als Leitbild, dem sich Schritt für Schritt angenähert werden muss. Um zu konkretisieren, was erste Schritte in Richtung einer solchen, auf Partizipation und Gemeinschaftlichkeit setzenden Plattformökonomie sein könnten, wurden im Kontext der Allianz genossenschaftlicher Akteure drei zentrale Forderungen an staatliche Institutionen entwickelt:

### Digitale Agenda für Genossenschaften

Deutsche und europäische Akteure spielen in der Plattformökonomie aktuell eine untergeordnete Rolle. Um dies zu ändern, braucht es mehr als eine Kopie der Modelle aus dem Silicon Valley. Diese Notwendigkeit hat die Regierung zwar im Koalitionsvertrag identifiziert, bisher aber nicht umgesetzt. So wird auf dem Papier zwar argumentiert, dass „starke deutsche und europäische Akteure der Plattformökonomie [das Ziel sind]“, gleichzeitig aber kein Fahrplan konkretisiert, wie diese Akteure unterstützt werden können (2018). Um Plattform-Genossenschaften als Instrument einer gelebten Netzwerkökonomie tatsächlich als echte Alternative etablieren zu können, ist demnach eine digitale Agenda nötig. Bausteine einer solchen Agenda müssen u. a. sein:

- Aufbau eines Clusters für das Ökosystem digitaler Genossenschaften aus PlatformCoop Pionieren und Unterstützungsentitäten
- Integration dezentraler Technologien wie Blockchain für den Aufbau digitaler Genossenschaftsmodelle
- Unterstützung bei der Entwicklung und Nutzung genossenschaftlich orientierter Open-Source-Technologien
- Erarbeitung von verbindlichen Standards für Datenschutz, Privatsphäre, Nutzer/innen-Mitbestimmung

### Genossenschaftliche Experimentierräume

Für die Gewinnung von Erkenntnissen aus der Praxis und die bestmögliche Verzahnung der Stärken unterschiedlicher Akteure ist die Schaffung von physischer Infrastruktur in Form

von Innovations- und Experimentierräumen nötig. An diesen Orten könnten sich die Akteure miteinander vernetzen, voneinander lernen und gemeinsame Projekte realisieren. Gleichzeitig befördert dies neue Freiräume, in denen Innovationen außerhalb etablierter Strukturen besonders gut entstehen können. Für klassische Startups steht über Gründungs- und Innovationszentren bereits eine solche Infrastruktur zur Verfügung. Um das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen eines digitalen „level playing fields“ einzuhalten (2018), sollte eine solche Infrastruktur ebenso für genossenschaftliche und kollaborative Plattformmodelle aufgebaut werden.

### Finanzierungsstrategien

Der Aufbau digitaler Plattformen ist in der Gründungs- und Wachstumsphase kapitalintensiv. Während es für Plattformmodelle mit einer Fokussierung auf Investor/inneninteressen öffentliche Finanzierungsinstrumente gibt, stehen diese genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Plattformgründer/innen bislang nicht zur Verfügung. Will man diese bislang brachliegenden Potenziale heben, ist ein Aufbau gleichwertiger Förderinstrumente elementar.

So könnte für die Gründungsphase genossenschaftlicher Start-ups beispielsweise das bereits oben genannte Programm „INVEST – Zuschuss für Wagniskapital“ auf Crowdfunding ausgeweitet und in der Wachstumsphase ein Instrument ähnlich dem „High-Tech Gründerfonds“ für Impact-Investoren aufgesetzt werden.

### Plattform-Genossenschaften als systemische Alternative

Die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen ähneln denen, die sich zur Zeit der industriellen Revolution gestellt haben. Genossenschaften waren bereits damals ein wichtiges Instrument von Arbeiter/innen, um gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten – zwischenzeitlich gehörten alleine in Deutschland mehr als 20 Millionen Menschen der genossenschaftlichen Bewegung an. Eine Weiterentwicklung dieser Bewegung im Kontext der Digitalisierung ist aber bisher ausgeblieben. Gerade in Bezug auf die extraktiven Praktiken, die im Rahmen der Plattformökonomie eine immer größere Rolle spielen, liegt aber genau hier großes Potenzial, um eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigere Plattformökonomie aufzubauen.

Damit Genossenschaften im Zeitalter digitaler Plattformen aber tatsächlich eine zentrale Rolle spielen können, sind zusammengefasst zwei Entwicklungen vonnöten: Auf der einen Seite braucht es eine stärkere Zusammenarbeit bereits bestehender Plattform-Genossenschaften. Eine starke soziale Bewegung, die sowohl in die Zivilgesellschaft wie auch in die Politik wirkt, ist notwendig, um den Aufbau eines solidarischen Ökosystems, das die Bedürfnisse dieses Organisationsmodells adressiert, zu befördern.

Auf der anderen Seite braucht es auf politischer Ebene eine größere Offenheit für alternative Lösungsansätze die Formen des Gemeinschaftsbesitzes in den Mittelpunkt stellen. Derzeit werden in der Innovationspolitik vor allem wagniskapitalfo-kussierte Ansätze gefördert, welche die oben skizzierten Pro-bleme in vielerlei Hinsicht nur verstärken. Um dies zu ändern, muss die Genossenschaftsbewegung darauf hinwirken, dass im partnerstaatlichen Sinne Kommunikation mit, Einbindung von und partizipative Mitgestaltung durch Gruppen und Akteure der Zivilgesellschaft stattfindet. Denn nur über so eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und zivil-gesellschaftlichen Akteuren kann es tatsächlich gelingen, der gegenwärtigen Plattformökonomie nicht nur einen sozialeren Anstrich zu geben, sondern eine echte systemische Alterna-tive aufzubauen, die dem Shareholder-Value-fokussierten Ge-schäftsmodell der gegenwärtigen Plattformgiganten wie Face-book, Amazon und Airbnb eine commonsbasierte und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Plattformökonomie entgegensetzt.

### Literatur

- Bauwens, M./Kostakis, V. (2015): Towards a New Reconfiguration Among the State, Civil Society and the Market. In: Journal of Peer Production 7 (2015).
- Helmond, A. (2015): The Platformization of the Web: Making Web Data Platform Ready. In: Social Media + Society 1 (2).
- Kenney, M./Zysman, J. (2016): The Rise of the Platform Economy. In: Issues in Science and Technology 32 (3).
- Koalitionsvertrag (2018): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Berlin.
- Pasquale, F. (2018): Digitaler Kapitalismus – Wie zähmen wir die Tech-Giganten? In: WISO Direkt 5.
- Reis, J. (2012): The State and the Market: An Institutional and Relational Take. In: RCCS Annual Review 4.
- Scholz, T. (2016): Platform Cooperativism – Challenging the Corporate Sharing Economy. New York, Rosa Luxemburg Stiftung.

- Seemann, M. (2017): Was ist Plattformpolitik? Grundzüge einer neuen Form der politischen Macht. In: spw 6. 44–49.
- Srnicek, N. (2017): Platform Capitalism. Cambridge, Polity.
- Zysman, J. (1994): How Institutions Create Historically Rooted Trajec-tories of Growth. In: Industrial and Corporate Change 3 (1). 243–283.

### AUTOR/INNEN + KONTAKT

**Ela Kagel** ist Mitgründerin und Geschäftsführerin von SUPERMARKT Berlin, einem unabhängigen Hub für Digitale Kultur und Kollaborative Ökonomie. Darüber hinaus sitzt sie im Vorstand der RChain Europe eG, einer Platform Cooperative, die Governance-Lösungen für andere Genossenschaften entwickelt.

Website: [www.supermarkt-berlin.net](http://www.supermarkt-berlin.net)

E-Mail: [ela@supermarkt-berlin.net](mailto:ela@supermarkt-berlin.net)

**Markus Sauerhammer** ist 1. Vorstand vom Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland (SEND). Zuvor war er bei der Crowdfunding-Plattform Startnext für Kooperationen verantwortlich und hat bei der IHK München diverse Angebote für Startups und zur digitalen Transformation aufgebaut.

Website: [www.send-ev.de](http://www.send-ev.de)

E-Mail: [markus.sauerhammer@send-ev.de](mailto:markus.sauerhammer@send-ev.de)

**Thomas Dönnebrink** arbeitet als Freiberufler in diversen Netzwerkkontexten an den Themen Kollaborative Ökonomie, PlatformCooperativism, Soziale Innovation und gemeinschaftliche Ansätze.

Website: [www.hof-praedikow.de](http://www.hof-praedikow.de)

E-Mail: [thomas@hof-praedikow.de](mailto:thomas@hof-praedikow.de)

**Jonas Pentzien** arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. Er ist Politologe und hat zur wissenschaftlichen Einbettung der politischen Forderungen im Artikel beigetragen.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)  
GmbH, gemeinnützig, Potsdamer Str.105, 10785 Berlin.  
Tel.: +49 30 884594-15



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## A wie Alternative

Spätestens seit dem Durchbruch der exakten Wissenschaften verbreitet sich die moderne Technik weltweit und mittlerweile nahezu lückenlos. Sie bildet eine »Technosphäre«, und die Menschheit wird immer abhängiger von ihr. Raúl Claro schildert, wie dies unsere Zukunft gefährdet. Und er skizziert auch eine Alternative: die Anthroosphäre – eine menschliche, von den Zwängen der Konkurrenz und des Wachstumsstrebens befreite Welt.

R. Claro

**Die Technosphäre**

Ein Essay

264 Seiten, broschiert, 25,- Euro, ISBN 978-3-96238-061-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft

